

## Frankreich: Nationale Strategie für Dekarbonisierung veröffentlicht

23.11.2015 | Berichterstattung weltweit

[www.gouvernement.fr/conseil-des-ministres/2015-11-18/l-adoption-de-la-strategie-nationale-bas-carbone-pour-le-cli](http://www.gouvernement.fr/conseil-des-ministres/2015-11-18/l-adoption-de-la-strategie-nationale-bas-carbone-pour-le-cli)

[www.legifrance.gouv.fr/jopdf/common/jo\\_pdf.jsp?  
numJO=0&dateJO=20151119&numTexte=2&pageDebut=21512&pageFin=21514](http://www.legifrance.gouv.fr/jopdf/common/jo_pdf.jsp?numJO=0&dateJO=20151119&numTexte=2&pageDebut=21512&pageFin=21514)

Das französische Umweltministerium hat die Nationale Strategie für Dekarbonisierung (Stratégie nationale bas-carbone, SNBC) veröffentlicht. Sie konkretisiert die Maßnahmen, mit denen der französische CO<sub>2</sub>-Verbrauch bis 2030 um 40 Prozent gesenkt werden soll.

Die Strategie ist Teil des 2015 verabschiedeten Gesetzes zur Energiewende für grünes Wachstum (*Loi relative à la transition énergétique pour la croissance verte*). Dort wurde unter anderem beschlossen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent und bis 2050 um 75 Prozent zu senken. Frankreich zeichnet sich laut dem Umweltministerium bereits heute durch eine der niedrigsten Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Emissionen der Industrienationen aus. Um den Ausstoß weiter zu senken, wurden nun die SNBC sowie die „Kohlenstoffbudgets“ (*„budgets carbone“*) beschlossen, die in Fünf-Jahres-Schritten Ziele bis 2028 vorgeben. Die „Kohlenstoffbudgets“ definieren CO<sub>2</sub>-Zielvorgaben, so sollen zum Beispiel bis 2018 442 MtCO<sub>2</sub>eq erreicht werden (2013: 492 MtCO<sub>2</sub>eq). Die SNBC definiert strategische Orientierungen, um in allen Branchen einen Wandel hin zu einer kohlenstoffarmen und nachhaltigen Wirtschaft zu erreichen.

So beinhaltet die SNBC folgende übergreifende wie branchenspezifische Empfehlungen:

- Der Kohlenstoff-Fußabdruck soll reduziert werden, und zwar nicht, indem die Emissionen in andere Länder delokalisiert werden. Zwischen 1990 und 2012 waren die Emissionen durch Importe gleich hoch geblieben.
- Für die Energiewende werden finanzielle Mittel bereitgestellt und zwar unter anderem durch einen erhöhten Preis für Kohlenstoff: Bis 2020 soll der Preis pro Tonne auf 56 Euro und bis 2030 auf 100 Euro ansteigen. Mithilfe des Labels „Energiewende für das Klima“ (*„Transition énergétique pour le climat“*) sollen Investitionsfonds ausgezeichnet werden, die grünes Wachstum fördern, die Schaffung neuer Fonds angeregt und die umweltfreundlichen Aktivitäten von Unternehmen sichtbar werden. Das Gesetz zur Energiewende für grünes Wachstum sieht bereits vor, dass Unternehmen und Investoren offenlegen müssen, welche Klimarisiken ihre Aktivitäten beinhalten und wie sie umweltfreundlicher wirtschaften wollen.
- Transportwesen: Reduktion der Emissionen bis 2028 um 29 Prozent und zwar durch effizientere (Zwei-Liter-Auto) und saubere (Elektroauto) Fahrzeuge
- Bauwesen: Reduktion der Emissionen bis 2028 um 54 Prozent, vor allem durch Niedrig-Energie- und Plusenergie-Häuser, die Beschleunigung der energieeffizienten Gebäudesanierung, umweltverträglicher Gestaltung und besserer Steuerung des Energieverbrauchs durch intelligente Verbrauchsmessgeräte
- Landwirtschaft: Reduktion der Emissionen bis 2028 um 12 Prozent und zwar durch verstärktes agrarökologisches Wirtschaften, zum Beispiel durch Biogasanlagen, die Bodendecke, Erhaltung von Dauergrünland, Entwicklung der Agrarforstwirtschaft und die Optimierung der Produktionsmittel
- Industrie: Reduktion der Emissionen bis 2028 um 24 Prozent durch energieeffizienteres Wirtschaften, Nutzung der Kreislaufwirtschaft (Wiederverwertung, Recycling, Energierückgewinnung) und Ersatz von fossilen durch erneuerbare Energien
- Abfallwirtschaft: Reduktion der Emissionen um 33 Prozent und zwar insbesondere durch weniger Verschwendung von Lebensmitteln, höhere Umweltverträglichkeit, Kampf gegen die geplante Obsoleszenz und die Förderung der Wieder- und Weiterverwendung von Abfällen

Das Engagement der Regionen und Kommunen ist aus Sicht des Ministeriums für die Umsetzung der Ziele sehr wichtig. Zudem sollten auch Kinder und Jugendliche für kohlenstoffarmes Wirtschaften sensibilisiert werden. Die Forschung ist aufgefordert, Lösungsansätze für die Zukunft zu erarbeiten.

Durch die SNBC soll Frankreich weniger abhängig von importierten fossilen Energieträgern werden, das Bruttoinlandsprodukt zwischen 2015 und 2035 um bis zu 1,5 Prozent steigen und 350.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Alle fünf Jahre soll die Strategie neu bewertet werden, um zum Beispiel neue Technologien zu integrieren oder ehrgeizigere Ziele zu beschließen. Diese regelmäßige Revision sollen sich nach französischem Wunsch während der Weltklimakonferenz in Paris alle Parteien vornehmen.

---

Quelle: gouvernement.fr

Redaktion: 23.11.2015 von Kathleen Schlütter, Deutsch-Französische Hochschule

Länder / Organisationen: Frankreich

Themen: Strategie und Rahmenbedingungen, Umwelt u. Nachhaltigkeit, Wirtschaft, Märkte

[Zurück](#)

---

Weitere Informationen